



aus Wiesbaden

Nr. 31 – Dezember 2009

*Liebe Genossinnen und Genossen,
die meisten von uns würden das Jahr 2009 wahrscheinlich gerne aus der Geschichte der SPD streichen. Nachdem unsere Wähler uns in Scharen den Rücken zugekehrt haben, muss eine ehrliche Bilanz der vergangenen zehn Jahre gezogen werden, bei der es keine Tabus gibt. Der Bundesparteitag in Dresden war dazu lediglich der Auftakt. Wir alle sind aufgefordert, in unseren Gremien zu diskutieren, wo wir uns in einer inhaltlichen Sackgasse befinden und welche programmatische Ausrichtung unsere Partei zukünftig haben soll, um für die Wähler und Wählerinnen wieder eine glaubwürdige Perspektive anzubieten. Es gilt, Fahrt aufzunehmen und den Kurs zu überarbeiten. Der furiose Fehlstart der neuen Bundesregierung gibt uns dabei sicherlich etwas Rückenwind. Die notwendige Beschleunigung erreichen wir aber nur aus eigener Kraft.
Eure*

Heike Habermann

Finanzpolitische Hasardeure

„Ihr habt sie nicht mehr alle“, kommentierte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Harry Carstensen die Pläne der Bundesregierung für ein Steuersenkungsprogramm und damit verbundene weitere Einnahmeausfälle in den Kassen von Bund, Ländern und Kommunen. Für Hessen dagegen hat Roland Koch angekündigt, dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat zuzustimmen. Und das, obwohl CDU und FDP den Landeshaushalt 2010 mit einem neuen Rekord-Defizit von 3,4 Milliarden Euro beschlossen haben und Finanzminister Weimar wild entschlossen ist, die Reihe verfassungswidriger Haushalte auch in den kommenden Jahren fortzusetzen. Die Berliner Steuergeschenke werden für Hessen ab 2011 etwa 200 Millionen Euro pro Jahr Mindereinnahmen bedeuten – eine unverantwortliche zusätzliche Belastung für den Landeshaushalt. Die Hälfte davon wird in den Kassen der Kommunen fehlen, zusätzlich zu den 400 Millionen Euro, die die Landesregierung im Kommunalen Finanzausgleich einsparen will. Verantwortungslose Politik auf dem Rücken der Kommunen ist wieder einmal ein Markenzeichen für die Hessische Landespolitik.

Prozentrechnen schwach

Auch im nächsten Schuljahr kommen Hessens Schulen den versprochenen 105 Prozent Lehrerversorgung keinen Schritt näher. 1000 neue Lehrkräfte wurden im August 2009 eingestellt. Wer der Propaganda der letzten Jahre Glauben schenkte, musste erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass die Kultusministerin selbst verkündete, jetzt sei die 100prozentige Unterrichtsversorgung erreicht – da war keine Rede mehr von der oft strapazierten, längst erfüllten Unterrichtsgarantie. Aber wer glaubte, die 650 neuen Lehrkräfte, die 2010 an die Schulen kommen sollen, ergäben mehr als 100 Prozent, wird erneut enttäuscht. Die meisten dieser Stellen werden gebraucht, um die doppelte Oberstufe personell auszustatten, die durch

100 Prozent +	1000 Lehrer	=
100 Prozent +	650 Lehrer	=
100 Prozent		

die missglückte Verkürzung der Gymnasialzeit von den Schulen bewältigt werden muss. Es bleibt bei 100 Prozent. Der Vorschlag der Kultusministerin, die Schulen könnten zukünftig aus ihrem Personaltopf auch noch die Schulsozialarbeit finanzieren, ist

deshalb zynisch – auf die 105 Prozent müssen die Schulen wohl bis zum St. Nimmerleinstag warten.

Modellregion Integration

Die Regierungsbeteiligung der FDP scheint zumindest im Bereich der Integration positive Auswirkungen zu haben. Nach jahrelanger Blockadehaltung gegen die Einführung islamischen Religionsunterrichts berät jetzt ein runder Tisch über die offenen Fragen. Kinder ohne Aufenthaltsstatus dürfen endlich die Schule besuchen. Und eine erste Integrationskonferenz fand im Frühjahr unter Beteiligung der Migrantenorganisationen statt. Und jetzt werden mit Beginn des Jahres 2010 sieben Modellregionen für Integration ihre Arbeit aufnehmen. Offenbach ist eine davon. Doch bei näherer Betrachtung scheint vieles mehr Schein als Sein. Lediglich 150.000 Euro beträgt die Förderung des Landes pro Jahr. Damit lassen sich weder die dringend notwendigen Ganztagschulen finanzieren noch zusätzliche Lehrkräfte in unseren Schulen beschäftigen. Für Offenbach ist jedes Projekt wertvoll, dass Integration von Kindern und Jugendlichen fördert und vor allem ihre Bildungschancen erhöht. Um eine solche Entwicklung nachhaltig zu machen, braucht es aber etwas mehr als Symbolpolitik.

Wortbruch beim Nachtflugverbot

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob CDU und FDP ihren Wortbruch beim Nachtflugverbot komplett machen und Revision gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zum Flughafen ausbauen einlegen werden. In vielen Parlamentsdebatten und Sonntagsreden haben Koch und Hahn bekräftigt, dass ein Ausbau ohne Nachtflugverbot für die betroffene Bevölkerung nicht zumutbar sei. Die Festlegung im Planfeststellungsbeschluss auf 17 zulässige Nachtflüge war der erste Wortbruch und wurde damit begründet, dass eine Nullregelung keinen Bestand vor Gericht haben werde. Jetzt hat der VGH genau diese 17 Flüge für unzumutbar erklärt und die Tür geöffnet für die Nachtruhe in der Region. Doch statt das Verfahren zu öffnen und das versprochene Nachtflugverbot jetzt umzusetzen, planen CDU und FDP den nächsten Wortbruch. In der namentlichen Abstimmung im Landtag fand sich in dieser Woche kein einziger Abgeordneter der Regierungsfractionen, der die Landesregierung dazu auffordern wollte, das Urteil des VGH umzusetzen und auf eine Revision zu verzichten. Nachdem das Gericht grünes Licht für die Nordwestlandebahn gegeben hat, ist der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm offensichtlich nachrangig geworden.



Ich wünsche euch schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr, das hoffentlich für unsere SPD wieder einige erfolgreichere Tage bringt!